

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonntags.
Preis: monatlich durch
die Post bezogen 120 A
Gleitposten in die Post-
zeitungsliste Nr. 6482.

Anzeigenpreis:
Arbeitsvermittlungs- und
Zahlstellen-Anzeigen die
3 geplante Heft-Zelle
15,00 A
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Vollrechtekonto: Nr. 35815, Poststelle Hannover.

Verlag von A. Brey.
Druck von C. A. H. Meister & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.
Reaktionsschluß: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

Bekanntmachung des Hauptvorstandes.

Nach dem Beschuß des Frankfurter Verbandstages wird seit dem 1. Oktober 1922 im ganzen Verbandsgebiet ein einheitlicher Wochenbeitrag in der Höhe eines Stundenlohnes erhoben. Alle Lokalbeiträge und Extra-beiträge sind weggefallen. Die Zahlstellen ohne Angestellte erhalten 15 Prozent und die mit Angestellten 35 Prozent der Gesamteinnahme aus den Beiträgen für ihre lokalen Zwecke und Ausgaben. Die Zahlstellen haben bei dieser Regelung eine wesentlich vereinfachte Beitragserhebung und vermeiden die oftmals langen und heftigen Auseinandersetzungen über die Höhe der Lokalbeiträge. Ein Teil der Zahlstellen hat bei dem beschlossenen Verteilungsmodus finanziell sehr gut abgeschnitten, andere sind hinter den Erwartungen zurückgeblieben. In vielen Fällen, wo das Ergebnis nicht so günstig ist, wie erwartet wurde, liegt die Schuld an der zu geringen Beitragshöhe. Die Beitragsleistung ist dort zu weit vom Stundenlohn entfernt. Entweder ist die Einführung der höheren Beiträge immer erst zu spät vorgenommen, oder sie geht nicht an die wahren Stundenlöhne heran. Bei der heutigen sprunghaften Steigerung aller in der Organisation unerlässlichen Ausgaben ist aber die Durchführung des Stundenlohnbeitrages das einzige Mittel, dem Gesamtverband und den Zahlstellen die Existenzmöglichkeit zu bieten, aber auch den Mitgliedern eine ehrgermaßen genügend hohe Unterstützung sichern zu können.

Wie aus mehreren Beschwerden hervorgeht, haben einige Zahlstellen trotz dieser klaren Sachlage auch nach dem Frankfurter Verbandstag den Versuch gemacht, ihre Finanzen zu verbessern durch Übertragung des Verbands-tagsbeschlusses, indem sie Lokalbeiträge durch Über-stempelung der Beitragsmarken mit einem höheren Wert einführen. Der Hauptvorstand hat das den Zahlstellen untersagt und kann weder die Überstempelung der ordentlichen Beiträge, noch die Erhebung von Lokal- oder Extra-beiträgen gestatten. Ganz abgesehen von der moralischen Verpflichtung, daß Verbandstagsbeschlüsse und statutarische Bestimmungen auch von allen Zahlstellen und von allen Mitgliedern durchgeführt werden müssen, kann einem solchen Ausweg aus vielen anderen Gründen nicht zugestimmt werden. Wenn der Fabrikarbeiter-verband mit solchen Lokal- oder Extra-beiträgen wieder anfängt, gibt es selbstverständlich kein Ende mehr, dann werden aber die meisten Zahlstellen den allgemeinen Verbandsbeitrag nicht an den Stundenlohn heranbringen, sondern einen niedrigeren Verbandsbeitrag erheben, zu diesem unter dem Stundenlohn bleibenden Beitrag aber für ihre lokalen Zwecke — ebenso schlimm wie früher — höhere Zusätze durchführen. Sie werden nur den Vorteil der Lokalkasse im Auge haben, an die Mitglieder und ihre Bezugsberechtigung und den Gesamt-verband aber weniger denken, damit also die Interessen der letzteren zurückstellen und schädigen.

Wir machen deshalb alle Funktionäre und alle Mit-glieder in den Zahlstellen auf die Unzulänglichkeit der Einführung von Lokal- oder Extra-beiträgen durch Über-stempelung oder von Extramarken aufmerksam und warnen davor. Wir werden in der Zukunft solche über-stempelte Marken für ungültig erklären und bei Berech-nungen von Unterstützungen ausschalten. Dadurch entsteht sogar die Gefahr, daß Mitglieder, die viele solche Marken in ihrem Buch haben, ihrer Gesamtmitgliedschaft verlustig gehen können. Die daraus entstehenden Unannehmlichkeiten können und müssen auch in den wenigen Zahlstellen vermieden werden, die trotz aller Warnungen und Ermahnungen Verbandstagsbeschlüsse nicht beachten. Eine Zentralorganisation ist nur möglich, wenn alle Glieder derselben nicht nur die Verbandstagsbeschlüsse durchführen, die ihnen gefallen, sondern ein-hellig alle Beschlüsse zur Durchführung bringen.

Der Hauptvorstand.

Vom Kriegsschauplatz.

Ob es jemanden gibt, der die Vorgänge im Ruhr-gebiet als eine friedliche Aktion Poincarés ansieht, wissen wir nicht. Jedenfalls steht fest: Der Einfall des französischen Militarismus als Beastragier des französischen Imperialismus ist nichts anderes als ein brutaler Krieg gegen ein wehrloses Volk. Die französische Re-gierung hat während des Weltkrieges fortwährend die Presse der ganzen Welt gefüllt mit der immer wiederkehrenden Befeuertung, Frankreich kämpfe für die Demokratie und für das Selbst-bestimmungsrecht der Völker. Poincaré war es, der während des Weltkrieges den Ausspruch gefaßt hat: „Wir führen den Krieg nicht gegen

das deutsche Volk, sondern gegen den Kaiser und gegen das Preußenum.“ Und heute? Aber wozu Entrüstung. Haben wir doch lange genug erfahren, wie die Völker von den Regierungen und von den O. S. L. (Obersten Heeresleistungen) mit Absicht systematisch belogen worden sind. Heute führt Poincaré Krieg gegen das deutsche Volk und in erster Linie gegen die deutsche Arbeiterschaft, denn diese wird das ganze Elend auskosten müssen, wenn durch das Ausbleiben der Kohlen die Industrie unterliegt und die Arbeitslosigkeit mit all ihren Schrecken einsetzt. Unsere Unternehmer, insbesondere die Großindustriellen, haben zeitig vorgesorgt, sie werden nicht zu hungern brauchen.

Nun schlägt es zwölf!

Von Robert Böß (Willebach).

Dann schlägt es zwölf! —
Doch Gott uns helf! —
Der Feiger rückt, den das Schicksal treibt;
Kein Mensch vermag, daß er stehen bleibt!
Das Unheil kommt in Gedanken schnelle
Und bringt das Verderben — die Hölle, die Hölle!
Dann schlägt es zwölf! —
Doch Gott uns helf! —
Feinde im Land und den Deutschenholz!
Wird da das Sterben denn nicht zum Spott?
Froh triumphiert über Menschenliebe
Der sinnlose Wucher und Tageliebe!
Sieht du noch Wangen im rostigen Hauch?
Dein, — doch in Nachtklubs den Schlemmerbund —
Schieber verlaufen die Straßegeige. —
Phantasten freilebende matrose Heze. —
Dann schlägt es zwölf! —
Und nirgends Beherrsch!
Man sprach eins erhoben vom Völkerbund;
Klein war der Sinn und groß der Mandl.
Dann sprechen statt Worte die Bajonetten;
Krieg ist die Lösung, Krieg ist der Weltel!
Den „Folkesfrieden“, so schön gedacht,
Du hast ihn erschaut — Bergmann im Schach! —
Föderer, föderer Kohlen zulag
Und lass sie daneben dem Stundenschlag: —
Jetzt schlägt es zwölf! —
Doch Gott die helf!

Doch der Mensch versucht die Hölle nicht!
Zeigt auch die Welt ein doppelt Gesicht,
Sieht man sie lachen, sieht man sie weinen,
Sieht man im Regen die Sonne scheinen —
Des Volkes Not, des Tyrannen Diktat!
Bringt endlich und endlich die Frucht der Saat: —
Dem deutschen Michel wird es jetzt dümmern,
Da harre Schläge den Schädel hämmern. —
Jetzt schlägt es zwölf! —
Kommt der Beherrsch?

* * * Epilog zu meinem vor Monaten im „Proletarier“ erschienenen Gedicht „Der Feiger rückt auf zwölf“ gedacht. Das Desjafet.

Unsere Wucherer und Schieber haben sich Devisen angehäuft, unsere Händler und Landwirte berechnen ihre Preise täglich nach dem Dollar, solange er steigt, aber nicht, wenn er fällt. Sie verlieren alle nichts oder nicht viel. Nur den Letzten beissen die Hunde. Lohn- und Gehaltsempfänger werden die Opfer der schweren Zeit zu tragen haben. Wenn die Arbeiterschaft trotzdem den wirtschaftlichen Kampf gegen die französischen „Helden“ aufgenommen hat, so nicht aus Liebe zu den Unternehmern, sondern im eigenen Interesse. Ihr Kampf gegen den deutschen Kapitalismus geht weiter, und gerade deshalb richtet sich aber auch ihr Kampf gegen den französischen Kapitalismus. Genau so wie die deutschen Arbeiter sich weigern würden, unter deutschen Bajonetten zu arbeiten, genau so weigern sie sich, unter französischen Bajonetten zu richten. Die deutsche Arbeiterschaft läßt sich nicht den Stiefel des großen Lümmels Militarismus in den Nacken sehen.

Da zunächst alle Bevölkerungsschichten den Kampf zur Abwehr gegen die französische Willkür aufgenommen haben, entsteht der Schein einer nationalen Einheits-front zwischen Kapital und Arbeit.

Scheinbar verschwinden angestossen der nationalen Gefahr die Gegensätze zwischen den Vertretern der kapitalistischen Wirtschaft und den Vorkämpfern der wirtschaftlichen Demokratie; scheinbar schließt sich die Kluft zwischen denen, für die das „Vaterland“ eine Summe von Besitz und Rechten und einen beliebig großen Anteil an dem geistigen Gut des Volkes bedeutet, und jenen, denen das Vaterland weder im materiellen noch im geistigen Sinne volles Heimatrecht gewährt. Die nationale Einheit in der Stunde der Not wird von den Agenten des Kapitals in allen Zeitungen und auf allen Gassen gepredigt. Aber was würde jetzt

die nationale Einheitsfront in Deutschland bedeuten? Die Kampfgemeinschaft der Arbeiter mit eben jenen Kapitalisten, Staatsmännern, Generälen, die für die Gewaltstat an Belgien eingetreten sind und sich moralisch entrüstet, wo es um ihren eigenen Besitz geht; Brüder-schaft mit jenen Imperialisten, die Belgien behalten und das Erzbecken von Brien und Longwy zu dem lothringschen Besitz schlagen wollten; einträchtiges Zusammen-gehen mit all jenen nationalistischen und monarchistischen Parteien, geheimen Organisationen und Mordbünden, die nur auf die Gelegenheit warten, die deutsche Republik und mit ihr die Rechte und Errungenschaften der Arbeiter über den Haufen zu werfen.

Die Arbeiterschaft steht nur zufällig mit dem Klassen-gegner in einer Front, um ein ganz bestimmtes Ziel zu erreichen. Die Arbeiterschaft verteidigt ihr eigenes Vaterland, das sie in ihrem Sinne ausgestalten will, sie verteidigt ihre Freiheit, ihr Recht, ihre Existenz ohne Rücksicht darauf, was andere Bevölkerungsschichten tun. Wenn sie dabei unterstützt wird, so weiß sie diese Unterstützung nicht zurück. Aber wir wissen, nationale Einheitsfront ist jetzt in Deutschland die Parole nicht nur der Regierung und der bürgerlichen Parteien, sondern auch jener extrem nationalistischen Elemente, die auf die Stunde warten, in der sie „mit den Lumpen im eigenen Land“, „mit den Novemberverbrechern und Vaterlandsverrättern“, mit einem Wort: mit allen Vor-kämpfern der deutschen Republik, und mit ihrer stärksten Stütze, der organisierten Arbeiterschaft, abrechnen wollen. Die Gefahr, die unter dem Schein der Einheits-front die Wiederkehr des alten Obrigkeitstaates, die Auferstehung der wirtschaftlichen Alleinherrschaft der Unternehmer vorbereitet wird, ist groß. Das Wort des Führers der bayerischen Nationalsozialisten, Hitler: „Die Nationalsozialisten wollen die Organisation der Reichsarmee des Vaterlandes sein“, ist nicht nur gegen ältere Feinde gerichtet, sondern in mindestens selchem Grade gegen die Vorkämpfer eines neuen Staates und einer neuen Wirtschaft. Größte Vorsicht ist also am Platze. Lassen wir uns nicht verschwindeln, das französische Volk sei der Feind des deutschen Volkes. Nichts davon ist wahr. Es bestehen keine Gegensätze zwischen dem französischen, dem belgischen und deutschen Volk. Die nationalistischen Scharfmacher, die dieses Kapitalistischenmärchen den Arbeitern vorzählen, lügen, und sie wissen watum. Die Arbeiter müssen verhindern, daß Vaterland gesetzt wird, sonst werden sie Krieg ernten. Der Widerstand der deutschen Arbeiter muß gegen die französischen und belgischen Regierung wie gegen die Nationalisten der eigenen Regierung gerichtet sein und bleiben; er muß sich erheben gegen das französische und belgische, aber auch gegen das deutsche Kapital. Die deutschen Arbeiter haben bei dieser Frontstellung das Proletariat der ganzen Welt auf ihrer Seite. Nur die internationale Einheitsfront der Arbeiterschaft kann das Selbst-bestimmungsrecht der Völker aus einer Phrase zu einer Wirklichkeit machen; nur sie kann die heute maßgebenden Mächte der Wirtschaft und Politik niederschlagen, die die Welt in so verhängnisvolle Situationen hineinführen, um egoistischen Machtinteressen zu dienen. Der geschlossene Wille der organisierten Arbeiterschaft, diese verrückten Mächte zu besiegen, muß ihre Abwehraktion gegen die Besetzung des Ruhrgebiets in allen beteiligten Ländern beherrschen.

Die verfluchte Beitragserhöhung.

Die wesentlichste und für eine sichere Berechnung in Frage kommende Einnahmequelle des Verbandes ist der Verbandsbeitrag. Wenn nun die Ausgaben, deren Höhe zu bestimmen nicht immer in der Macht einer Organisationsleitung liegt, eine Steigerung erfahren, so gibt es nur eine Möglichkeit, das Gleichgewicht in Ein-nahme und Ausgabe herzustellen, und zwar die Erhöhung der Einnahmen, d. h. in unserem Falle Erhöhung der Beiträge. Nun sind die Ausgaben des Verbandes ganz bedeutend gestiegen. Einmal als Folge des Willens-ausdrucks der Mitglieder selbst durch die Erhöhung der Unterstützungsätze aller Art. Dieser Wille war allerdings nicht ganz frei, vielmehr war er diktiert von einer wirtschaftlichen Notwendigkeit. Dann aber auch ist die Ausgabesteigerung bedingt durch die Preise für alle Bedarfsgüter, die der Verband konsumiert, und auf deren Preisbasis er keinen Einfluß ausüben kann.

Es seien hier einige Zahlen genannt für Ausgabe-possten, auf die wir nicht verzichten können, und die sich noch fortwährend erhöhen. Es kostete vor dem Kriege 1 Kilo Packpapier 13 Pfennig, heute kostet es 1800 Mark, ist aber bereits wieder im Preise gesunken. Bind-faden, den wir vor dem Kriege mit 1,10 Mark das Kilo kauften, kostet heute 4000 Mark. Mitgliedsbücher, die der Hauptvorstand noch im Jahre 1918 für eine Mark

liefern konnte, erfordern heute eine horrende Ausgabe. Allein die Buchbindarbeiten betragen schon seither für einziges Mitgliedsbuch 175 Mark. Mit Druckkosten, Papierpreis, Arbeitslohn und Material für Verband ergibt sich ein Betrag von annähernd 600 Mark an Ausgaben für ein Mitgliedsbuch. Dazu kommen dann noch die Postkosten. Über deren Steigerung einen besonderen Nachweis zu führen, ist nicht notwendig. Jeder weiß, wie sich das Porto fortwährend verdreht hat.

Erhebliche Summen erfordert heute das Verbandsorgan, "Der Proletarier". Eine einzige vierseitige Nummer kostete an Druck und Papier im Dezember 1922 bereits achttzigmal mehr als die 52 Nummern im Jahre 1918 zusammen. Gewiß ist heute die Auflage zirka dreimal so hoch wie im Jahre 1918. Aber das allein würde die Steigerung nicht erklären. Für Druck und Papier der Nummern 1 bis 52 des "Proletariers" betragen die Kosten im Jahre 1918 insgesamt 79 088 Mk., während die einzige Nummer 52 des vergangenen Jahres 8 417 298 Mk. erforderte. Hierbei wird es nicht bleiben. Bereits im Januar ist eine neue Preissteigerung eingetreten. Die Nr. 5 dieses Jahres kostete 8 126 231 Mark. Nun hat ja der Verbandsbeirat auf seiner letzten Tagung bekanntlich sich für den Fortfall eines halben Bogens unseres Verbandsorgans entschieden, d. h. statt sechs soll es vierseitig erscheinen. Eine weitere Einschränkung ist zunächst nicht zu empfehlen. Solange wir eingerahmen sind, vier Seiten herauszubringen, sollen wir daran festhalten. Das ist auch möglich, wenn der Standpunkt:

ein Stunden verdienst als Wochenbeitrag sich mehr und mehr zum festen Programmpunkt unserer Organisation herausgebildet hat.

Doch die Ausgaben ungehöner gestiegen sind für Unterstützungen an Arbeitslose, an Kranke, für Streiks, überhaupt für alles, was unter den Begriff "Ausgaben" fällt, kann heute im Detail nicht festgestellt werden. Wir werden warten müssen, bis der Jahresabschluß unserer Kassenführung herankommt, erst dann sind Vergleichsmöglichkeiten mit den Abschlüssen früherer Jahre gegeben. Es kann aber heute schon gelagt werden, daß das Gesamtbild der Jahresausgaben der Ausgabensteigerung für den "Proletarier" entspricht. Diese Feststellungen können aber unseren Mitgliedern unmöglich etwas Neues bringen. Jeder Kollege, jede Kollegin kann doch täglich in Lautenden von Fällen das hier Gesagte selbst feststellen. Neu sein können nur die Gesamtsummen in ihrer Wirkung bei Fertigstellung des Jahresabschlusses.

Weshalb alles das hier erwähnt wird, obwohl die Mitglieder aus eigener Erfahrung wissen müssen, daß nicht nur im Familienhaushalt, sondern auch im Verbandshaushalt die sichtbare Leuerung zum Ausdruck kommt? Weil eine ganze Anzahl Mitglieder den Verbandsfunktionären wegen der Beitragssteigerungen das Leben zur Hölle macht. Die bedauernswertesten Opfer der über den Beitrag verfügenden Mitglieder sind zweifellos die Beitragskassierer. Wenn diese Kollegen mit neuen — natürlich wieder preiswerten — Marken ihren Rundgang antreten, so ist das fast ein Spiektutensil oder zu vergleichen mit dem Schicksal der römischen Gladiatoren. Fortwährend muß der Beitragskassierer auf den Angriff gefaßt sein, und er schützt sich glücklich, wenn er einige Mitglieder hinter sich hat, denen er keinen Vortrag über die Notwendigkeit der Beitragssteigerung zu halten braucht. Nicht jeder Beitragskassierer ist mit philosophischer Ruhe begabt — im Volksmund nennt man diese Eigenschaft „ein dickes Fell“ haben —, auch er kommt manchmal aus dem Gleichgewicht, wenn alles auf seinen Nerven herumhängt. Gewiß, es ist zu verstehen, daß nicht alle Mitglieder den Beitragskassierer als den Sonnenschein ihres Lebens betrachten. Aber sie sollen doch bedenken, daß der Kassierer einem ehrlichen Nutzen unterliegt, daß er mit einer Pflicht erfüllt im Interesse der Gesamtmitgliedschaft.

Wenn der Beitrag zu hoch erscheint, welcher Maßstab soll denn für seine Höhe bestimmt sein? Anfangs des Jahres 1920 hatten wir verhältnismäßig niedrige Beiträge. Dementsprechend mußten natürlich auch die Unterstützungsätze niedrig sein. Eine Menge Beschwerden aus Mitgliederkreisen kamen an den Verbandsvorstand, so daß dieser sich genötigt sah, schon vor dem kommenden Verbandsstag in Gemeinschaft mit dem Amtsrat eine Erhöhung der Beiträge und der wichtigsten Unterstützungsleistungen vorzunehmen. Heute hat der Verband einen Maßstab, und jedenfalls auch den richtiger, für die Bewältigung der Beiträge und Unterstützungen. Ähnliche Verkommisse wie 1920, als die Zeitschriften für Unterstützungs Zwecke Gelder aufnehmen wollten, dürfen nunmehr nicht mehr wiederkehren. In dem Maße, wie die Preise steigen, müssen wir versuchen, die Löhne nachzuholen. Automatisch mit den Löhnen gehen dann die Beiträge und die Unterstützungsätze in die Höhe, damit die Mitglieder im Unterstützungsfall raschend bald, sich mindestens Brot und Kartoffeln und vielleicht noch etwas Zeit, also das Allernotwendigste, kaufen zu können. Dieses Abhängigkeitsverhältnis von Preis, Lohn, Zeit und Unterstützungsatz, wer die gerechteste Lösung für das Finanzwesen des Verbandes, die jedenfalls auch für alle Juanna beibehalten werden darf. Deshalb ist es gut, wenn unsere Mitglieder sich mit dem in ihrem eigenen Interesse liegenden Prinzip einigen:

einen Stunden verdienst als Wochenbeitrag.

Aufruf

zur Abstimmung der Gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des ADGB. und des Afa-Bundes.

Die Abstimmung der Betriebsräte in den Jahren 1921 und 1922 sind von den Gewerkschaften einheitlich in den Monaten März und April durchgeführt worden.

Wir fordern hiermit die örtlichen Färbereichschaften des ADGB. und des Afa-Bundes auf, in Gemeinschaft mit den örtlichen Betriebsrätezentralen bzw. Betriebsräten

auch für 1923 gemeinsame Termine festzulegen, zu welchen

in allen Betrieben die Belegschaften die

Neuwahlen der Betriebsräte

vornehmen. Auch diejenigen Betriebsvertretungen, welche aus irgendwelchen Gründen erst im Laufe der Monate Mai bis Dezember 1922 gewählt worden sind, sollen ihre Amt niederlegen und gemeinsam mit den Betriebsvertretungen, deren Wahlzeit im März/April 1923 abläuft, Neuwahlen vornehmen, um auf diese Weise zu einer möglichst übereinstimmenden Wahlperiode zu kommen.

So erstrebenswert in vieler Beziehung die einheitliche Durchführung der Neuwahlen ist, so empfiehlt es sich trotzdem, auf die sogenannten Saisonbetriebe entsprechende Rücksicht zu nehmen. In Unternehmungen, die im Spätsommer oder Herbst die größte Anzahl Arbeitnehmer beschäftigen, z. B. Marmeladefabriken, Zuckarfabriken, Betriebe der Landwirtschaft und Forstwirtschaft, ist es also zweckmäßiger, einen diesen besonderen Verhältnissen angepaßten Wahltermin festzulegen, welcher dann von den in Frage kommenden Gewerkschaften nach Möglichkeit zentral bekanntgegeben werden kann.

Der 11. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands, Leipzig 1922, hat bekanntlich zu der Frage Betriebsräte und Gewerkschaften Stellung genommen. Die höchste Färbereichschaft der freigewerkschaftlichen Arbeitnehmer hat zu den Wahlen der Betriebsvertretungen nachstehenden Beschuß mit sehr großer Mehrheit gefasst:

1. Die Gewerkschaften haben die Wahlen zu den Betriebsräten planmäßig vorzubereiten. Die Auffstellung der Vorschlagslisten erfolgt durch die für die fraglichen Betriebe zuständigen Gewerkschaften, wobei die verschiedenen Berufsgruppen der im Betriebe beschäftigten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer bei der Zusammensetzung des Betriebsrates nach Möglichkeit zu berücksichtigen sind. Sind in dem Betriebe mehrere Gewerkschaften vertreten, so haben sie sich über die Kandidatenaufstellung zu verständigen.

2. Die aufgestellten Kandidaten müssen einer Gewerkschaft des ADGB. angehören und, wenn sie Angestellte sind, bei einer der dem Afa-Bund angehörenden Organisationen Mitglied sein. Bei der Auswahl der Kandidaten darf nicht die politische Richtung maßgebend sein, sondern es müssen berufliche Tüchtigkeit, geistige Ehrlichkeit und gewerkschaftliche Erfahrung entscheiden.

3. Bei den Wahlen zu den Betriebsräten ist ein selbständiges Vorgehen der Gewerkschaften des ADGB. notwendig und eine Vereinigung mit den Organisationen des Afa-Bundes anzustreben. Wahlabkommen mit anderen Gewerkschaftsgruppen und Organisationen sind zu vermeiden.

4. Ist für einen Betrieb eine gewerkschaftliche Vorschlagsliste nach diesen Grundsätzen aufgestellt, so darf kein Mitglied einer des ADGB. oder dem Afa-Bund angehörenden Gewerkschaft sich als Kandidat auf einer Gegenliste aufstellen lassen.

Es ist selbstverständlich Pflicht aller Gewerkschaftsangehörigen, ihre selbst geschaffenen Gesetze zu beachten, so daß die Wahlen nur nach den in diesem Beschuß niedergelegten Grundsätzen durchgeführt werden dürfen.

Wir weisen noch eindringlich darauf hin, daß alle Arbeitnehmer, Arbeiter sowohl als Angestellte, sich an den Wahlen beteiligen müssen.

Beteiligt sich eine Gruppe nicht, so verliert sie alle Rechte, die sich aus dem Betriebsratgesetz ergeben, insbesondere den gerade in der jetzigen schwierigen wirtschaftlichen Situation so wichtigen Entlassungsschutz. Auch wird von gewisser Seite, worauf wir nicht unverlassen wollen hinzuweisen, bestritten, daß, wenn eine Gruppe sich an der angesehenen Wahl nicht beteiligt, diese während des laufenden Wahljahrs noch nachträglich diesen Fehler gärfachen kann. Eine verartige Gruppe von Arbeitnehmern (Arbeiter und Angestellte) müßte also für ein ganzes Jahr auf ihre Rechte aus dem Betriebsratgesetz verzichten.

Wie die Arbeitnehmer täglich erwarten dafür einzelnen müssen, ihre Rechte zu wahren und wie es mit hin selbstverständliche Pflicht aller Arbeitnehmer sein muß, sich in ihren Gewerkschaften zusammenzuschließen, so ist es ebenso selbstverständliche Ehrenpflicht aller Arbeitnehmer, errungene Rechte anzunehmen und zu erweitern.

Deshalb darf sich niemand von der Wahl zu den Betriebsräten ausschließen; kein Betrieb, für welchen eine Betriebsvertretung zuständig ist, darf ohne solche Betriebsvertretung sein!

In dieser Zeit der schweren Not ist es um so dringender erforderlich, daß unsere Anweisungen genauestens beachtet werden.

Auf zur Betriebsrätewahl 1923!

Der geschäftsführende Ausschuß der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des ADGB. und des Afa-Bundes.

Wir schließen uns diesem Aufruf vollständig an und ersuchen unsere Mitglieder, zunehmend an die Vorbereitung der Wahlen heranzugehen. Es ist notwendig, daß bei der Vorbereitung der Wahlen eingehend geprüft wird: Wie haben sich die Mitglieder der Betriebsvertretung bewährt und wie ist am besten für ausscheidende Mitglieder der Betriebsvertretung Erfolg zu schaffen?

Wir müssen uns bestreben, den tüchtigsten Kollegen an die richtige Stelle zu stellen. Nicht derjenige soll als Kandidat aufgestellt werden, der am lästigsten schreien kann, sondern die gewerkschaftliche Erfahrung, geistige Ehrlichkeit und berufliche Tüchtigkeit soll allein für die Aufführung maßgebend sein. Dann soll nach § 22 DRG. der Betriebsrat so zusammengesetzt sein, daß die verschiedenen Berufsgruppen der im Betrieb beschäftigten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Die Vorschlagslisten sollen also so zusammengefaßt sein, daß sie im Verhältnis zu den im Betrieb beschäftigten verschiedenen Berufs-

gruppen stehen. Dabei wollen wir niemand ausschließen, aber jede Berufsgruppe soll auch nur die Vertretung im Betriebsrat erhalten, die ihr auf Grund der beschäftigten Anzahlungen der Berufsgruppe zusteht. Deshalb ist eine Vereinigung mit den im Betrieb beschäftigten Metallarbeiterinnen, Schwestern und Maschinistinnen usw. anzustreben, wobei den Handwerkern entsprechend der Zahl der Beschäftigten die nötige Vertretung eingeräumt werden soll.

Leider finden die Mitglieder der Betriebsvertretung für ihre Tätigkeit wenig Anerkennung. Sie werden für alles mögliche und unmögliche verantwortlich gemacht. Die unzulässige Kritik trug dazu bei, daß die Betriebsräte mitglieder nach kurzer Zeit amtsmüde werden, und so ist schon mancher tüchtige Betriebsrat von seinem Posten zurückgetreten und hat den Kritikern das Feld überlassen. Aber jedes neu gewählte Betriebsratsmitglied braucht längere Zeit, um sich in seine Tätigkeit hineinzuarbeiten und ist deshalb der fortwährende Wechsel der Betriebsvertretung zum Nachteil der Arbeiterschaft. Wie bitter die Betriebsratsmitglieder die unsachliche Kritik empfinden, beweist nachstehender Auszug aus einem Schreiben, das uns zugegangen ist:

„Wohl bin ich mit der hohen Verantwortung bewußt, die mir mit unserer Wahl übernommen haben. Leider scheint dies aber in den Kreisen unserer Arbeitshollegen noch nicht der Fall zu sein, sonst würden sie uns das Leben nicht mit so manchen kleinen Leidern, oft auch gebildigen Anträgen erschweren.“

Das ADGB. hat nun aber auch noch einen sehr großen Fehler, indem es die Amtsdauer der Betriebsräte auf ein Jahr festlegt. Wie soll es möglich sein, hierbei tüchtige Kräfte heranzubilden, wenn jedes Jahr neue Betriebsräte gewählt werden können. Da ist doch alle Ausbildung vergebens. Nur durch ein intensives Hineinarbeiten in die Materie wird es möglich sein, etwas politische Arbeit zu leisten. Es sind nicht immer die schlechtesten Leutevertreter, die weggewählt werden. Aber leider ist das Misstrauen noch zu vorherrschend, denn wie kann auch ein Arbeiter, und wenn er Vorsitzender des Betriebsrats ist, allein mit dem Direktor sprechen oder mit ihm durch die Fabrik gehen. Gleich ist man mit Worten: „Arbeitervertreter, es läßt sich an die Wand drücken, er ist zu faul, er verträgt ungern Freundschaften nicht bald bei der Hand.“ Solange man diese Dummheit der Massen noch zu bekämpfen hat, bleibt für eine weitere Ausbildung wenig Zeit übrig. Ob wir in diesem Jahre wieder kandidieren werden, ist sehr fraglich, da alles amtsmüde ist. Wir werden die Wahl nur wieder annehmen, wenn sich niemand dazu findet, damit die Arbeiterschaft ihre Vertretung behält. Wie leicht man mit den Vorwürfen bei der Hand ist, beweist folgendes Beispiel: Im vergangenen Sommer hatten wir Kohlen für die Belegschaft besorgt. Ich bin gerade bei der Ausgabe und der Hof steht voller Leute. Da kommt ein Kollege zu mir und fordert mich auf, sofort zu dem Direktor zu gehen und zu verlangen, daß die schwarzwälfel-rote Fahnenstange in schwarz-tot-gold umgedreht wurde. Als ich ihn darauf aufmerksam machte, daß ich augenhöchst keine Zeit habe, warf er mir Feigheit vor. Die herumstehenden Leute waren über diese Unverschämtheit entzückt, um so mehr, da man von der Farbe der Stange, die auf einem fünfstockigen Gebäude stand und schwangerdurchet war, absolut nichts sehen konnte. usw.“

Der Auszug aus dem Schreiben eines Betriebsratsvorsitzenden zeigt, wie bitter die Betriebsräte die unsachliche Kritik empfinden. Ähnliche Schreiben wie das vorstehende gehen uns fortwährend zu. Die Kollegen und Kolleginnen müssen bedenken, daß die Mitglieder der Betriebsvertretung nicht alles so durchführen können, wie sie möchten. Auf der einen Seite steht die Arbeiterschaft und verlangt alles mögliche und unmögliche von ihnen, und auf der anderen Seite steht die Betriebsleitung, die meistens peinlich bestrebt ist, den Mitgliedern der Betriebsvertretung das Lippschellen über dem streitig zu machen. Die Folge des fortwährenden Kampfes ist, daß die Betriebsvertretung amtsmüde wird und den Posten niederlegt. Es treten neue Leute an ihre Stelle, die erst wiederum von neuem lernen müssen. Deshalb, Kollegen und Kolleginnen, unterstützt die Mitglieder der Betriebsvertretung in ihrer schweren Aufgabe! Sorgt dafür, daß sie bei ihrem Kampf um die Wahrnehmung der Rechte der Arbeiterschaft eine geschlossene Belegschaft hinter sich haben! O. A.

Aus der Industrie

Papier-Industrie

Die wirtschaftliche Lage der Papiererzeugungsindustrie im Jahre 1922.

II.

Einen weiteren wichtigen Faktor bei der Preisbildung in der Papiererzeugungsindustrie bilden die Kohlenpreise. Sie fallen bei der Preisbildung des Papiers deshalb erheblich ins Gewicht, weil die Kohlen nicht nur zum Ingangsetzen der Antriebsmaschinen, sondern auch zum Kochen des Zellstoffes und anderer Halbfabrikate sowie zur Trocknung und Ausrüstung des Papiers Verwendung finden. Der Kohlenbedarf ist deshalb in der Papiererzeugungsindustrie bedeutend größer als in einem großen Teil der übrigen deutschen Industrie und der mit der Papiererzeugungsindustrie verbundenen Industriezweige. Zur Friedenszeit wurde die Tonne Zellförderkohle mit 12 Mk. bis 15 Mk. berechnet. Bis zum Dezember 1922 war der Tonnenpreis bereits auf 19 748 Mk. gestiegen, so daß die Steigerung der Kohlenpreise vom Jahre 1914 bis zum Dezember 1922 des 164fache des Friedenspreises betrug.

Ahnlich liegen die Verhältnisse auf dem Altpapiermarkt. Im Jahre 1914 wurden für 100 Kilogramm 12 Mk. bezahlt, während Ende Dezember 1922 auf 14 000 Mk. erhöht. Die Steigerung betrug demnach gegenüber dem Friedenspreis das 451fache.

Die gleichen Verhältnisse haben sich auch auf dem Lumpenmarkt entwickelt. Für bunte Kattunlumpen wurden 1914 im Durchschnitt für 100 Kilogramm 12 Mk. bezahlt, während Ende Dezember 1922 der Preis auf 27 000 Mk. emporgeschossen war, so daß auch hier eine Preissteigerung um mindestens das 225fache zu verzeichnen ist.

Leider haben wir keine Angaben über die Preisentwicklung für Papiermaschinenfilze, Papiermaschinen-

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Eine kommunistische Unversöhnlichkeit.

Dort in jenen Zahlstellen, wo unsere Kollegen selbst das Feld auf gewerkschaftlichem Gebiete den gewerkschaftlich und geistig Rückständigsten überlassen, hat die Kommunistische Partei sich erfreut, in den Zahlstellen unseres Verbandes die Geschäftsführer zu bestimmen und abzubüren. So auch in Speier in der Rheinpfalz. Die alten gewerkschaftlich erfahrenen Mitglieder hatten sich zurückgezogen, weil die öde Flachheit der neuzeitlichen Schreihäuse sie anekelte. Zur diesjährigen Zahlstellen-Generalversammlung am 21. Januar 1923 wurde an die Mitglieder der Zahlstelle ein Flugblatt verteilt mit folgendem Inhalt:

Ein Wort an die Mitglieder des Deutschen Fabrikarbeiter-Verbandes Speier.

Die vorjährige Generalversammlung der bishörigen Zahlstelle des Fabrikarbeiter-Verbandes hatte, den Vorschlägen der KP-Faktion folgend, die Mitglieder der Ortsverwaltung, ferner die Kartelldelegierten, fast ausschließlich aus Kommunisten zusammengesetzt. Auch der Geschäftsführer, der damalige Kommunist Schwarz, Philipp, verdankte unserem Einfluss seine Wahl. Es ist ihm jedoch schon bei seiner Bewerbung um den Posten durch unsere Faktion klar gemacht worden, daß es sich bei seiner Kandidatur nur um einen Notbehelf handele, mangels anderer Kandidaten. Die Befürchtungen, wie sie von uns gegen die Person des Schwarz gehegt wurden, erwiesen sich leider als nicht unbegründet, denn kaum hatte Schwarz den Posten erhalten, da ging auch schon die Wandlung vor sich. Aus dem vormaligen — uns selbst untypischen — Bonzenstress wurde ein händischer Nachbetrieb ihrer Geschäftsgeschenke. Dazu kam noch, daß Schwarz sich oft bis zur Bewußtlosigkeit betrank und in diesem Zustand allerlei Notbehelfe beging. So schlug er auf dem am 3. Juni 1922 stattfindenden Sommerfest der freien Athleten einem ihm wegen unüblichen Benehmens zur Rede stellenden Festsordner ja ein Auge aus. Die "Pfälzische Post" vom 8. Juni 1922 brachte darüber unter der Spigmata: Ein schlagartiger Gewerkschaftsführer! die Enttäuschung der Beteiligten zum Ausdruck und bedauerte, daß sich ein Mensch die Freiheit der bishörigen Zahlstelle in der Hand habe. Auch unsere Partei nahm damals Stellung gegen Sch., wobei er noch einmal mit einer scharfen Verwarnung davonkam. Verschiedene andere, nicht minder schwere moralische Delikte verstärkten in unserer Faktion den Entschluß, Sch. wegen vollkommen Unfähigkeit von seinem Posten abzubauen, da in Speier jedes Kind wußte, daß Sch. nur dem kommunistischen Einfluß seine Stellung verdankte. Seine Haltung während der Betriebsstreiks bewegung und dem Umlaufarbeiterstreik war ebenfalls alles andere als arbeiterfreundlich. Allerdings gefraute er sich nicht, offen gegen diese Bewegungen aufzutreten, sabotierte aber um so mehr die Beschlüsse der für ihn maßgebenden Mitgliederversammlungen des Verbandes (z.B. der Versammlung während des Umlaufarbeiterstreiks, die er einfach nicht anführte). Das schlug dem Fabriken Boden aus, und wir beschlossen am 27. Dezember 1922, Sch. unter Androhung des Ausschlusses aus der KP. von dem Posten als Geschäftsführer abzurufen. Wie nicht anders zu erwarten war, klebte Sch. so an seinem Posten, daß er lieber aus der Partei aussiedelte, als das ihm j. Et. anvertraute Amt wieder zurückzugeben.

Die PSP-Faktion glaubt nun aus diesem Vorfall Nutzen ziehen zu können, indem sie diesen Vertreter — den sie, solange er Kommunist war, nicht genug im Sack herumziehen konnte — als Mittel zu Wiedereroberung der Ortsverwaltung benutzt.

Die am Sonntag, dem 21. d. M. vormittags 9 Uhr, im Lokal zur Stadt Nürnberg stattfindende Generalversammlung wird neben dieser Angelegenheit auch noch Stellung zu dem von der Gewerkschaftsbarausitrat während des Anlauffestes geführten Tross nehmen. Die Kollegen, die nicht wollen, daß aus ihrer Gewerkschaft ein Untertrupp für Streber — à la Schwarz — und ein Stützpunkt des Unternehmertums gegen die klauenkomplizen der Speierer Fabrikarbeiter wird, haben restlos dort erneut. Die PSP-Faktion hat — unter widersprüchlicher Benutzung des Zahlstellennamens — in einem Rundschreiben bereits ihre Kandidaten für die neue Ortsverwaltung, den Kartelldelegierten ihren Anhängern zur Wahl empfohlen. Die daraus losgelassene Schimpfepistel auf die beiden Kommunisten wird nicht mehr Summe laugen, als das ohnehin durch den Proletarier abschweifend gezeichnete Kollegen, die mit der Taktik der Gewerkschaftsinstanzen nicht mehr einverstanden sind, haben es am Sonntag selbst in der Hand, die Geschichte einer weiteren, großen Ortsgruppe des Verbandes nach ihrem Willen zu leisen.

Deshalb keine Säume der arbeitsgemeinschaftlichen Liste der PSP-Faktion, sondern reines weißt die kommunistische Liste! Sie gibt auch Beweis, daß nur solche Männer während des Jahres ihre Interessen vertreten, die den Kampf gegen das Unternehmertum entschlossen zu führen haben.

Wer dabei deragt, hat — siehe Toll Schwarz — unweigerlich die Konsequenzen zu ziehen. Die KP.-Faktion.

Nunmehr haben sich unsere gewerkschaftlich gewollten Mitglieder aufgetroffen und haben der KP. eine Antwort gegeben, die am besten wirken mußte. Sie erinnern wie fröhlich in der Generalversammlung und haben der KP. eine glänzende Niederlage bereitet. Sämtliche Zellenräte sind ans der Ortsverwaltung verschwunden. Da die Stelle der Provinzialschreiber sind wieder vernünftige Männer getreten. Dass der Fall Speier Schluß macht, ist im Interesse der Mitgliedschaft zu wünschen, denn „wo rohe Faule sumlos walten, da kann sich kein Geblüd gestalten“, und dieser Zustand ist nunmehr in Speier wieder überwunden. Die Vernunft hat gesiegt.

Berichte aus den Zahlstellen.

Ende des Jahres für die kommunistische Partei in unseren Zahlstellen führenden politischen Zellenräten verblieben in den jetzt folgenden Jahresberichten nurungen der Zahlstellen ihre Anhänger unter allen Zellenräten werden unterschreitet, die sich gegen die Sichtweise des „Proletariers“ und gegen den Proletarier richten, mit er die „Opposition“ bildet. Wo die Kommunisten ihre Sicht auf die Sache bringen, zuwider allen Kollegen den Berichtungen vertritt, so gelingt es da und dort, die unterschreitenden Mitglieder zu überreden, einer jüngeren Revolution zu unterwerfen. In einer größeren Zahlstelle haben die Zellenräte gleich die Absezung des Redakteurs verlangt, aber einen heftigen widerstand. Dieser kleine Zellenrat in Bayern ging der Redaktion eine Resolution zu, in der es unter anderem heißt: „Wir fordern, daß der Meinung, die die Gewerkschaftsleitung derzeit vertragen soll, das durch die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse geprägte Proletariat zu eingerichtet.“ Das ist eine völlige Verkenntung der Tatsachen. Wie hat der „Proletarier“ sich gegen die politische Meinung der Kollegen gestellt? Die politische Freiheit ist im Fabrikarbeiterbereich jetzt gewahrt, aber die Freiheit unserer Organisationen

zu unterwerfen und zu zerstören, die Verbandsfunktionäre zu beschimpfen und mit Schimpf zu bewerben, gestehen wir niemandem, also auch den Kommunisten, nicht zu. Wenn die Redaktion gegen diesen Skandal Stellung nimmt, so hat das nichts zu tun mit der politischen Freiheit einzelner. Wer hat denn das Proletariat gespalten, das jetzt geziert werden soll? Das Proletariat war einig, bis die Kommunistische Partei spaltete und spaltete und immer wieder spaltete. Und wenn der Proletarier gegen diese Verstärkung Front macht, dann handelt er im Sinne der Einigkeit. Er will die Organisationsförderung verhindern, damit eine Einigung gar nicht notwendig wird. Das könnte den kommunistischen Zellenbauern und den kommunistischen Presse passen, wenn der Proletarier zum Schweigen gebracht werden könnte; dann könnte der Unzug der kommunistischen Fortbildungsarbeiten ungehindert weitergehen. Der „Proletarier“ wird aber nicht schwelen, er wird weiterhin jeden Eingriff der Kommunistischen Partei in unser Verbandsleben geheln und bekämpfen. Wer ein Menschenleben lang für und mit der Organisation gewirkt hat, der wehrt sich gegen deren Verstärkung bis zum letzten Blutstropfen. Von unseren verlässigen Verbandskollegen erwarten wir, daß sie sich durch Resolutionen wie die erwähnte nicht verblassen lassen, sonst werden sie ob ihrer Naivität von den Zellenbauern noch ausgelacht.

Leipzig. Am 27. Februar 1898, also vor 25 Jahren, beriefen einige Leipziger Kollegen die in der Gummi-, Seifen-, Papier- und chemischen Industrien beschäftigten Arbeiter und Arbeitnehmer zu einer Versammlung zusammen. 200 Kollegen ließen sich sofort in den Verband aufnehmen und legten damit den Grundstein zur Zahlstelle Leipzig. Am Schlus des Jahres 1898 war ein Mitgliederbestand von 250 vorhanden. Von diesen alten Kämpfern gehören heute noch der Zahlstelle an: Richard Dünzer, Friedrich Galas, Minna Goßhardt, Wilhelm Nagel, Hermann Höschmann, Julius Postek, Emil Schlippe, Emilie Laubert, Karl Weber, Eugen Thomas, Robert Bernhard. Am Ende des Jahres 1922 musterte die Zahlstelle Leipzig 12 898 Mitglieder. Diese Zahl allein beweist schon, was die Zahlstelle seit ihrer Gründung den aufgelaufenen Arbeitern war und noch ist. Am 10. Februar begeht die Zahlstelle Leipzig ihr Jubiläum festlich. Rückblickungen über den seit 25 Jahren zurückgelegten Weg und die Aufzeigung des Wirkens der Zahlstelle werden das P. ad., das die Mitgliedschaft umschließt, noch fester knüpfen. In einer von der Zahlstelle herausgegebenen 15 Seiten umfassenden Schrift sind die wichtigsten Erappen, die wesentlichen Begebenheiten und das hauptsächlichste Zahlenmaterial festgehalten.

Singen. Arbeitslosigkeit! Welchem Arbeiter liegt nicht dieses Wort einen mehr oder weniger gewaltigen Schrecken ein. Heute nicht denn je, wo schon die Löhne kaum zur Besteitung des für das tägliche Altersniedrigste ausreichen, muß eine, wenn auch nur teilweise, Arbeitslosigkeit für den Arbeiter, ganz besonders für den Familienvater, zur Katastrophe werden. In den bishörigen Maggi-Werken wird seit mehreren Monaten nur drei bis vier Tage pro Woche gearbeitet, über 500 Entlassungen sind in kurzer Zeit erfolgt und damit das Personal auf drei Viertel des normalen Standes reduziert, und noch immer scheint der Ließstand nicht erreicht zu sein. Die Gründe mögen auf verschiedene Ursachen zurückzuführen sein. Was aber uns besonders interessiert, ist die Frage, ob seitens des Unternehmers auch immer alles getan wurde, um die Arbeitslosigkeit zu verhindern bzw. einzudämmen. Umsonst räucht kein Schlot, und nicht selten sind es egoistische Profitgier und andere kapitalistische Tendenzen, die rückwärtig die Existenz des Arbeiters zerstören, nur um nicht selbst zu Scheiden zu kommen. Wir sind überzeugt, daß auch in den Maggi-Werken sich manches hätte vermeiden lassen, wenn man nicht in konservativer Weise daran geglaubt hätte und feststellen würde, daß die Artikel, die den Aufschwung gebracht haben, es auch unter allen Umständen sein müssen, die zu allen Zeiten und unter jeden Umständen gepreist werden sollen. Hier wäre unseres Erachtens notwendig gewesen, daß man mit der Zeit gegangen wäre und rechtzeitig die Einführung neuer Fabrikationszweige ins Auge gefaßt hätte. Wir möchten die maßgebenden Stellen in letzter Stunde warnen, wenn sie sich nicht eines Tages dem schweren Vorwurf aussetzen wollen, durch ihren, sagen wir ruhig Eigennutz leichtfertig das Wohlweiser Berufsschichten geschädigt zu haben. Die Verächtigungen, daß solche Einschränkungen lediglich kapitalistische Motive seien, verlieren nicht an Boden, wenn der Unternehmer sich laut jeder besseren, zeitgemäßer Einsicht verhält.

Rundschau.

Wirtschaftliches Arbeitnehmer-Jahrbuch 1923.

Herausgegeben durch ein Kollegium von Arbeitern, Angestellten, Prokurauren, Wissenschaftlern aller Gewerkschaften und Parteien. Volkerverlag für Wirtschaft und Verkehr, Stuttgart, Pfizerstraße 5.) 28 Seiten. Taschenformat. Gebunden. Januarpreis etwa 1600 Mark. Steuerabzugslage für später vorbedacht.

Dieses handliche inhaltreiche Taschenbuch erscheint eine ganze Bibliothek, nur mit dem Unterschied, daß es hundertmal billiger ist. Es ist ein vielseitiger Führer durch die Fälle der wirtschaftlichen und rechtlichen Einzelfragen, die sich dem Arbeitnehmer im Tageskampfe, beim Zeitunglesen, in Versammlungen, bei Beratung von Kollegen entgegentun. Dank seinem handlichen Format kann man es immer in der Tasche bei sich tragen und hat so einen immer gegenwärtigen Berater. Aus dem reichhaltigen Inhalt des Buches rinnen wir folgende Fragen: Oberzölfens Verlust. Das neue Aufzoll. Was erhält bisher die Entente? Wichtige Reichsgesetze. Die kommunistische Vermögens- und Erbeverhältnisse. Die Existenz des Unternehmersgußschiffes, Kartells und Trusts. Wirtschaftliche Selbstverteidigungskräfte. Angestelltenversicherung. Kranken- und Sicherung, Invaliden-, Alters- und Kinderkrankenversicherung. Unfallversicherung. Wochenhilfe. Wochenfürsorge. Arbeitnehmerkasse. Stellen- und Arbeitsvermittlung. Reichsmietvertrag. Lohnsteuer. Einkommensteuerabelle. Volkshochschule. Freie Volksbildung. Volksfragen. Staatsbanken. Deutscher. In der Ziffern. Kommunistische Partei. Recht auf Arbeit. Entwicklung des Geldwertes und der Großhandelspreise. Kleinhandelspreise wichtiger Lebensmittel. Leistungsfähigkeit. Anpassung der Löhne und Gehälter an die Leistung. Deutschlands industrielle und landwirtschaftliche Produktion. Die deutsche Kohlemirtschaft. Deutschlands Außenhandel. Fahrzeugwirtschaft. Viehhof und Fleischverbrauch. Arbeitslosigkeit. Auswanderung. Steuern. Eisenbahntarife. Reichsautonomie und -angebote. Bautätigkeit in deutschen Großstädten.

Frauenfragen.

Teilnahme der Frauen an der Arbeiterbewegung.

Der Internationale Gewerkschaftsbund zählte am 1. Januar 1922 insgesamt 3½ Millionen Frauen in seinen Reihen; sie bilden somit genau ein Sechstel (16,8 Prozent) des gesamten Gewerkschaftsmitgliedestandes. In den verschiedenen Ländern lag aber der Prozentsatz der Frauen an den Gewerkschaften teils über, teils unter diesem Durchschnitt. Am geringsten war die Beteiligung der Frauen in Österreich, wo sie fast ein Drittel (24,3 Prozent) der Gewerkschaftsmitglieder bilden; es folgen die Tschechoslowakei (22 Prozent), Deutschland (21 Prozent), die Schweiz (18,7 Prozent) und Dänemark (18,2 Prozent). In allen übrigen Ländern liegt der Prozentsatz der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder unter dem Durchschnitt: in England und Italien 12,1 Prozent, in Frankreich und Schweden 10 Prozent; mehrere in den übrigen Ländern die Frauen weniger als ein Zehntel der Gewerkschaftsmitglieder ausmachen.

Besondere Landesorganisationen der Arbeiterinnen, die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angehören, befinden sich in England, Frankreich, Italien, der Tschechoslowakei, Belgien, der Schweiz, Norwegen, Polen, Südafrika und Indien, außerdem auch in den Vereinigten Staaten, obgleich die Gewerkschaften dieses Landes vor zwei Jahren aus der Gewerkschaftsinternationale aus-

getreten sind. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, gegen der der Mitgliederzahl nach an der Spitze der internationalen Gewerkschaftsbewegung steht, hat die Gründung einer besonderen Frauenorganisation als überflüssig abgelehnt und sich für eine stärkere Propaganda zur Gewinnung der Frauen in die allgemeinen Gewerkschaften eingefestigt. Dieser Propaganda dient ein besonderes Organ, die "Gewerkschaftliche Frauenzeitung".

Literarisches.

Das Volkslied für Heim und Wanderung. Volksliederbuch von Hermann Böse. 2. verbesserte Auflage, 54. bis 74. Tausend. 320 Seiten. Grundpreis kartonierte 3 Mk. gebunden in Halbleinen 3 Mk. (mal Teuerungszahl des Verlags). Herausgegeben und zu beziehen vom Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstraße 3. — Das seit längerer Zeit vergriffene Volksliederbuch, das bei allen Musik- und Gesangfreunden, bei allen Wanderern und Naturfreunden in bestem Ruf stand und deshalb von manchem schon oft schmerzlich vermisse wurde, ist jetzt in neuer verbesselter Auflage erschienen und wird überall steändig begrüßt werden. Dem Verfasser standen bei der Bearbeitung des Buches seine reisten Erfahrungen als Lehrer, Leiter von Chören und als Musikfachmann zur Seite. Die zweite Auflage im Vergleich zur vorangegangenen noch wesentliche Verbesserungen. So ist die Akkordbezeichnung diesmal auf alle dreihundert Lieder des Buches ausgedehnt worden. Das Buch enthält jetzt zu jedem Lied eine besondere von dem Verfasser selbst geschaffene und von ihm mit jungen Arbeitern erprobte Gitarrente und Lautenbegleitung, durch die es besonders wertvoll wird. Eine Einführung in diese Begleitung und eine kurze, für jedermann verständliche Anweisung für das Gitarrespiel sind den Liedertexten vorangestellt.

Arbeiterjugend und Republik, von Erich Ollenhauer. Broschiert 24 Seiten. Grundpreis 20 Mk. mal Teuerungszahl des Verlags (Anfang Januar 1923 350). Herausgegeben und zu beziehen vom Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 3. — Mit der Herausgabe des Buchleins ist der Hauptvorstand des Arbeiterjugendverbandes einem Wunsche der Reichskonferenz der Arbeiterjugendvereine in Wernigerode nachgekommen, den auf dieser Konferenz gehaltenen Vortrag Erich Ollenhauer über die Stellung der sozialistischen Arbeiterjugend zur Republik zum Zwecke weiterer Verbreitung zu drucken. Der Vortrag Ollenhauers, der kurz nach der Ermordung Walter Rathenaus und noch unmittelbar unter dem Eindruck dieser Trauerbotschaft gehalten wurde, zeichnet sich bei aller Klarheit der Gedanken und alter Logik der Bildeußerung durch eine so jugendlich schwungvolle und didaktische Bildersprache aus, daß das Lesen der kleinen Broschüre auch in dieser Hinsicht zum Genuss wird.

Die Schule der arbeitenden Jugend, von Johannes Schulz. Broschiert, 64 Seiten. Grundpreis 60 Pf. mal Teuerungszahl des Verlags. Herausgegeben und zu beziehen vom Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstraße 3. — Durch das neue Buch des Arbeiterjugend-Verbandes aus der Feder des bekannten Hamburger Genossen Johannes Schulz wird die Literatur der sozialistischen Arbeiterjugend in begrüßenswerter Weise erweitert. In den verschiedenen Kapiteln spricht der Verfasser von der Schule des Bürgertums, vom heutigen Wirtschaftszweck der Arbeiterjugend, vom gewöhnlichen Lehrling und seinem Berufszweck. Weiter behandelt er die heutige Fortbildungsschule, die Lehrwerkstätten und berücksichtigt den Handelslehrling sowie die Fortbildungsschule der Handelslehrlinge und die Fortbildungsschule der Fachschulen. Alle diese, für jeden Jugendzieher wichtigen Fragen behandelt Schulz im Geiste der materialistischen Geschichtsauffassung, so daß sein Buchlein nicht nur die Literatur der sozialistischen Arbeiterjugend, sondern die sozialistische Literatur überhaupt ergänzt.

Verbandsnachrichten.

Die Abrechnung für das 4. Quartal haben eingefordert:

Gau 1. Lübeck, Wismarsche, Oldenfelde.

Gau 2. Groß-Ammersleben.

Gau 3. Herzfelde, Berlin, Gr.-Westen, Velten.

Gau 4. Warin, Greifswald, Naugard.

Gau 5. Königsberg.

Gau 6. Gleiwitz.

Gau 8. Altenbeken, Mühlhausen, Sonneberg.

Gau 10. Oberau, Deggendorf, Iden, Moosburg.

Gau 11. Rottweil.

Gau 12. Speier, Kreuznach, Saarbrücken, Ludwigshafen, Eisenberg (Pfalz), Bruchsal.

Gau 14. M. Gladbach, Neuß.

Gau 15. Borbn., Boizenburg.

Gau 16. Siegen, Düsseldorf.

Von Donnerstag, den 1. Februar, an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Gau 1. Worbis 45 000. — Braunschweig 2 432 769. — Fallersleben 128 506. — Gr.-Hanslingen 60 000. — Bielefeld 1 220 916. — Bisselhöde 50 000. — Oeynhausen 72 354. — Lübeck 119 635. — Schwarmstedt 50 000.

Gau 2. Gr.-Ammersleben 14 723. — Blankenburg 20 000. — Ellingen 250 000. — Kalbe 500 000. — Aken 625. — und 310 000. — Barby 200 000. — Schwanebeck 100 000. — Hornburg 32 776. — Düben 34 604.

Gau 3. Korsadt 48 844. — Oranienburg 96 941. — Rheinsberg 36 000. — Elster 20 000. — Staven 64 878. — Ziebingen 100 000. — Berlin 7721. — Wittenberge 50 000. — Fürstenwalde 60 000. — Neuruppin 60 000.

Gau 4. Warch 100 000. — Hagenow 30 000. — Pyritz 93 000. — Tanger 48 933. — Kolberg 91 909. — Neubrandenburg 65 000. — Warin 11 315. — Grabow 170 000. — Greifswald 10 779. — Güstrow 50 000. — Lüdermünde 200 000.

Gau 6. Ciegnitz 150 000. — Saarau 400 000. — Oberkanffung 115 673.

Gau 7. Leipzig 400 000. — Riesa 500 000. — Zwischen 500 000. — Gräfelfing 1 000